

Bürokratieabbau in der EU: Wie Unternehmen endlich durchatmen können!

Die EU plant, Bürokratie abzubauen und Berichtspflichten zu reduzieren. Wirtschaftsvertreter fordern substantielle Änderungen für Wettbewerbsfähigkeit.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Die EU-Kommission plant, die Berichtspflichten für Unternehmen erheblich zu reduzieren. Dies betrifft unter anderem das gefürchtete Lieferkettengesetz, die Nachhaltigkeitsberichterstattung und die EU-Taxonomie. Wolfgang Hattmannsdorfer von der Wirtschaftskammer Österreich und Christoph Neumayer von der Industriellenvereinigung forderten in einem gemeinsamen Statement, dass nicht nur die bürokratischen Anforderungen gesenkt werden, sondern auch nachhaltige Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit entwickelt werden müssen. „Wir können es uns nicht leisten, die Wettbewerbsfähigkeit noch weiter zu gefährden“, betonten beide während eines Runden Tisches mit dem EU-Kommissar Valdis Dombrovskis, wie **APA-OTS berichtete**.

Bürokratiefalle EU

Die Diskussion um übermäßige Bürokratie nimmt Fahrt auf. Eine Studie des Ifo-Instituts zeigt, dass fast 22 Prozent der Arbeitszeit in Deutschland mit bürokratischen Aufgaben verbracht werden, was in etwa sechs Prozent des Umsatzes der Unternehmen entspricht. Ziel der Initiative ist es, Regelungen zu überprüfen und unnötige bürokratische Hürden abzubauen. Rainer

Reichhold, Präsident der Handwerkskammer Region Stuttgart, äußerte sich besorgt über die politische Misstrauen gegenüber den Betrieben und forderte mehr Bewegungsfreiheit für Unternehmen. Er bestätigte, dass die Politik versäumt habe, bestehende Regelungen auf ihre Praktikabilität zu prüfen, wie auch die Landeswirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut im Wirtschaftsgipfel in Brüssel anmerkte. Sie sieht in den aktuellen Klimaschutzvorgaben einen bestehenden Hemmschuh für Innovationen, was **die Stuttgarter Zeitung dokumentierte**.

Die Deutsche Industrie- und Handelskammer hat bereits über 50 Vorschläge zur Reduzierung von Bürokratie vorgelegt, da einige EU-Vorgaben als nachteilig für die Wettbewerbsfähigkeit empfunden werden. Eine unverhältnismäßig hohe Geldstrafe von mindestens fünf Prozent des weltweiten Nettoumsatzes und komplizierte Dokumentationsanforderungen werden als wesentliche Hindernisse betrachtet. Der Weg in eine bessere oder sogar langfristig tragfähige Wirtschaftslandschaft hängt nun von der Umsetzung dieser Initiativen ab. Die derzeitige Debatte wird entscheidend dafür sein, wie Unternehmen ihre Strukturen in Zukunft gestalten können.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.stuttgarter-zeitung.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at